Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Glaswaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn,** Königl. Sächs. Hoflieferanten, **Neumarkt 11.** Fernsprecher No. 6081.

Unerreicht! unübertroffen! kaufe aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Jagdjoppen, Jagdanzüge, Jagdmäntel, Jagdhüte, Touristen-Ausrüstung für Damen u. Herren grösste Auswahl am Platze empfiehlt das **Spezialgeschäft** von **Jos. Flechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse No. 23.** Illustrierte Kataloge gratis und franko.

Nr. 234. Spiegel: Der preuß. Gnadenerlaß. Reibereien auf dem Balkan. Gewerbeaufsicht. Dresdn. Handelskammerbericht. Gerichtsverhandl. Fall Podbielski. Sozialdemokr. Interna. Börsenwochenber. | Mutmaßl. Witterung: **Kühler, trübe.** | **Sonntag, 26. August 1906.**

Dresdner Nachrichten
Gegründet 1856

Jeder Leser
in Dresden und Vororten kann sich täglich davon überzeugen, dass er
von keinem anderen Dresdner Blatt
fortlaufend über alle wichtigen Tagesereignisse
so schnell unterrichtet
wird, wie von den
täglich 2 Mal
erscheinenden „Dresdner Nachrichten".
Sie bieten ihren Lesern vor allen Dresdner Blättern
ununterbrochen das Neueste.
Bezugspreis für den Monat
September
für Dresden und Blasewitz M. 0,90
für die übrigen Vororte M. 1,— bezw. M. 1,10.

Der preußische Gnadenerlaß.

Berlin. Der „Staatsanz." veröffentlicht einen kaiserlichen Gnadenerlaß aus Wilhelmshöhe vom 24. August, wonach anläßlich der Taufe des kaiserlichen Enkels alle von preußischen Zivilgerichten wegen Majestätsbeleidigung oder Beleidigung von Mitgliedern des königlichen Hauses erkannten Freiheitsstrafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und die noch rückständigen Kosten erlassen werden.

Die in kurzem bevorstehende Taufe des jüngsten Hohenzollernsprossen hat dem Kaiser Gelegenheit gegeben, durch einen aus Wilhelmshöhe, den 24. August, datierten Amnestie-Erlaß alle diejenigen zu begnadigen, die von preußischen Zivilgerichten wegen Majestätsbeleidigungen oder Beleidigung von Mitgliedern des königlichen Hauses zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, ihre Strafe aber entweder überhaupt noch nicht angetreten oder noch nicht vollständig verbüßt haben. Dieser jetzt vollzogene Akt königlicher Gnade war bekanntlich schon gelegentlich der Geburt des Kronprinzensohnes erwartet worden, und es erregte sein Ausbleiben damals allgemeines Aufsehen. Auch spannen sich daran besonders in der liberal-demokratischen Presse allerlei unliebsame und gehässige Erörterungen, zu denen um so weniger Anlaß vorlag, als bekanntlich die Amnestie ein ausschließliches Privileg der Krone darstellt, von dem sie Gebrauch machen kann, wann und wie sie will. Es wurde daher von preußisch-konservativer Seite darauf hingewiesen, daß jede Pression in dieser Beziehung auf den Kaiser nur verstimmend wirken könnte. Auch wurde offiziös versichert, daß der Gnadenerlaß nur deshalb ausgeblieben sei, weil man sich an maßgebender Stelle noch nicht über die Art und den Umfang einer zu gewährenden Amnestie schlüssig geworden sei. Soviel zu der etwas unerquicklichen Vorgeschichte des jüngsten preußischen Gnadenerlasses.... Um so größer wird wohl nun die Befriedigung sein, daß er jetzt endlich da ist. Natürlich wird sich die Kritik sofort wieder mit seinem Inhalte beschäftigen. Allgemein wird aber wohl die Tatsache mit unverhohlener Genugtuung begrüßt werden, daß der Amnestie-Erlaß sich gerade auf die Kategorie politischer Vergehen erstreckt, die in letzter Zeit einen ganz ungeheuren Umfang angenommen haben, deren Bestrafung nichtsdestoweniger aber oft sehr unangenehm empfunden wird: die Majestätsbeleidigungen. Bei dem im großen und ganzen treu-monarchischen Sinn in Preußen kommen tatsächlich Fälle, in denen die Person des Königs vorsätzlicherweise geschmäht wird, verhältnismäßig selten vor. Hier ist selbstverständlich energische Strafe geboten. Die große Mehrzahl der Majestätsbeleidigungen ist aber darauf zurückzuführen, daß Leute im Eifer des Gesprächs oder gar in angetrunkenem Zustand unbesonnene Kraftausdrücke fallen lassen, die sie in normalem Zustand nie und nimmer tun würden, die aber nichtsdestoweniger sofort denunziert werden und dann vom Gericht als Majestätsbeleidigung bestraft werden müssen. Angesichts dieser Sachlage ist es ein glücklicher Griff gewesen, durch einen allgemeinen Begnadigungsakt für Majestätsbeleidigungen die Staatsklugheit zum Siege über das harte Recht zu führen. So mancher Majestätsbeleidigungsprozeß hat auch in Kreisen, denen die Person des Herrschers ein unbedingtes noli me tangere ist, viel böses Blut gemacht, und da ist es gut, wenn die erste, beste Gelegenheit ergriffen wird, um durch einen Gnadenerlaß als ein „Sicherheitsventil des Rechtes" einer freudigen Volksstimmung aus Anlaß des frohen Familienereignisses im Kaiserhause die Wege zu ebnen.

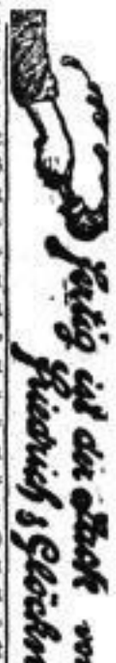
Bulgarisch-türkische Reibereien.

Die Türkei und Bulgarien haben sich bekanntlich in den letzten Jahren nie gut gestanden und die Beziehungen zwischen beiden Staaten standen mehr als einmal auf des Messers Schneide. Diese ewige friedengefährdende Spannung liegt einmal in dem seltsamen staatsrechtlichen Verhältnis Bulgariens zur Türkei begründet, die nach dem Berliner Vertrag von 1878 nominell noch immer die Oberhoheit über das Fürstentum ausübt. Daraus erklärt sich das energische Streben der Bulgaren, ihre volle, unbedingte Selbständigkeit unter Erhebung des Landes zum Königreich zu erringen. Dazu kommt, daß die allbulgarischen Hoffnungen und Pläne geeignet sind, den „kranken Mann" in Konstantinopel in einige Aufregung zu versetzen: hat sich Bulgarien schon im Jahre 1885 ohne Genehmigung der Pforte und der Berliner Vertragsmächte das frühere Ostrumelien als festen Besitzstand angegliedert, so greifen seine Absichten jetzt immer deutlicher nach dem türkischen Makedonien herüber, wo allerdings eine große Anzahl christlicher Bulgaren sitzt, die sich unter türkischer Herrschaft nicht wohlfühlen und infolgedessen ihre Wiedervereinigung mit dem Mutterlande anstreben. Makedonien ist aber des Sultans letzter Anker in Europa, nachdem sich eine türkische Außenprovinz nach der anderen vom absterbenden osmanischen Reich losgelöst hat; niemals wird die Türkei deshalb Makedonien gutwillig herausgeben, sondern sicher lieber den äußersten Kampf um diesen ihren letzten europäischen Besitz führen. Trotzdem ist anzunehmen, daß es über kurz oder lang doch zur Teilung der makedonischen Artischocke kommen wird, und wie hungrige Schakale umwittern schon Bulgaren, Serben, Griechen und Rumänen gierig die zukünftige Beute, um zur gegebenen Stunde ein möglichst großes Stück an sich zu reißen.

Aus diesem Streben heraus erwachsen denn auch die unaufhörlichen Reibereien zwischen den einzelnen Balkanstaaten, die sich wechselseitig in den Haaren liegen. Erst vor kurzem ist es zum offenen Konflikt und Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und Rumänien wegen der kutzowallachischen Frage gekommen. Noch ist diese Angelegenheit in der Schwebe, da brechen wieder in Bulgarien gräßlich-blutige Griechenmetzeleien los, die leicht zu folgenschweren Verwicklungen führen können. Die an anderer Stelle ausführlich geschilderten Vorgänge in Anchialo haben den Vertretern mehrerer Großmächte Veranlassung gegeben, der bulgarischen Regierung ernste Vorstellungen zu machen, und die Konstantinopeler Regierung gab gleichfalls in einer nach Sofia gerichteten geharnischten Note ihrem Mißfallen über die griechenfeindlichen Ausschreitungen in Bulgarien Ausdruck. Nun ist ja zuzugeben, daß die Türkei zu irgend welcher Entrüstung und zu solchem Eingreifen wenig Recht und Befugnis besitzt, denn sie sollte erst mal vor der eigenen Türe recht gründlich kehren; aber die Art, wie es aus der Sofioter Regierung als Erwiderung herausschallte, muß denn doch etwas befremden. Die erste Erklärung bulgarischerseits, in der man sich jede Einmischung in die eigenen inneren Angelegenheiten verbat, mag noch hingehen — aber die neueste Kundgebung im bulgarischen Regierungs-Organ „Nowi Wjek" führt eine Sprache, die die ohnehin schon kritische Situation auf dem Balkan aufs äußerste spannen muß. Nach dem Grundsatz, daß der Hieb die beste Verteidigung ist, sucht das Blatt alle Schuld an den Griechenmetzeleien in Bulgarien auf die Türkei abzuwälzen, indem es ausführt, wenn jemand an den jetzigen Wirren auf dem Balkan Schuld trage, so sei dies die Türkei, da sie so oft, aber leider nutzlos, auf die schlechten Folgen der von ihr geduldeten Zustände aufmerksam gemacht worden sei. Nur durch eine schlaue Politik habe es die Türkei verstanden, den Haß des bulgarischen Volkes in der letzten Zeit von sich auf die Griechen abzuwälzen. Die Türkei habe aber das geringste Recht, zu behaupten, daß die bulgarische Regierung vorsätzlich die antigriechische Bewegung organisiert und geduldet hätte. Der Schluß des regierungsoffiziösen Artikels gipfelt in einer offenen Kriegsdrohung gegen die Türkei. Es heißt dort: Wenn die bulgarische Regierung sich entschließen würde, energische Vergeltungsschritte für die Untaten in Makedonien zu unternehmen, so würde sie solche Schritte nicht gegen das unverantwortliche Griechenland oder gegen die im Fürstentume lebenden Griechen, sondern gegen die Türkei richten. In diesem Falle werde die Türkei nicht Griechenland, sondern sich selbst und vielleicht nicht allein mit diplomatischen Vorstellungen zu schützen haben. Die bulgarische Regierung sei nicht so verblendet wie die Massen, welche gegen die Griechen demonstrieren, sondern halte den einzig Schuldigen für verantwortlich, und dieser sei die Türkei. Wenn die bulgarische Regierung einmal Satisfaktion verlangen werde, so werde dies nicht durch Straßendemonstrationen, sondern auf eine zwischen Staaten übliche Weise geschehen.

Die Deutlichkeit dieser Worte genügt.... Da Bulgarien aber militärisch und finanziell der Türkei im Falle eines Krieges unterlegen ist, andererseits auch auf Unterstützung durch Serbien, Griechenland oder Rumänien nicht zu rechnen hat, so kann man — wenn man die eben angeführte Regierungs-Erklärung nicht lediglich als hohles Pathos und prahlerische Großsprecherei gelten lassen will — nur annehmen, daß bei der ganzen Haltung Bulgariens fremde Einflüsse mitwirken. Man braucht nicht lange zu suchen, um auf die richtige Fährte zu kommen. England, dem der innere und äußere Zusammenbruch Rußlands freie Hand in der Weltpolitik gegeben hat, scheint die Stunde für gekommen zu erachten, um auch die Lösung der orientalischen Frage — ohne allzu große Schwierigkeiten von seiten des Zarenreiches, Oesterreichs, Italiens und Frankreichs befürchten zu müssen — vorsichtig in Angriff zu nehmen. Das Zusammensein König Eduards mit Fürst Ferdinand von Bulgarien in Marienbad und ihre vielfachen Besprechungen dort lassen darauf schließen, daß irgend etwas im Gange ist. Die Aussichten für einen „operativen Eingriff" in den kranken Staatsleib der Türkei mittels Abtrennung Makedoniens erscheinen um so günstiger, als durch den in kurzem zu erwartenden Tod des Sultans und die dann eintretenden Thronfolgeschwierigkeiten die Aktionskraft auf dieser Seite ganz wesentlich gelähmt werden dürfte. Natürlich sind nur Vermutungen möglich, aber die Tatsache, daß der englische Kriegsminister Haldane urplötzlich zum König Eduard nach Marienbad berufen worden ist, spricht doch auch ihre eigene Sprache. Es handelt sich hierbei offenbar um Besprechungen der akuten bulgarisch-türkischen Krisis, der gegenüber man englischerseits auf alle Eventualitäten gerüstet sein möchte. Ohne derartige Vorgänge und Rückgratstärkungen von englischer Seite her wäre es jedenfalls nicht erklärlich, daß Bulgarien der Türkei gegenüber solche Sprache führt, wie oben skizziert, denn wenn auch Worte Worte sind und noch keine Taten, so sind doch derartige Kriegsdrohungen ein gefährlich Spiel, das allzu leicht und allzu schnell Ernst werden kann, wie die Dinge auf dem Balkan nun einmal liegen, und angesichts des politischen Zündstoffes, der sich dort seit Jahrzehnten angesammelt hat.

In diese gespannte Situation hinein trifft eine Meldung aus Konstantinopel, wonach der dortige diplomatische Agent Bulgariens Natschowitsch, dessen Rücktritt schon früher angekündigt war, endgültig seine Demission eingereicht hat, die auch angenommen wurde. Der Rücktritt soll zwar nicht durch Fragen, die die Gestaltung der Beziehung zwischen Bulgarien und der Türkei betreffen, veranlaßt sein, sondern hauptsächlich mit innerpolitischen Angelegenheiten Bulgariens, sowie mit gewissen persönlichen Momenten zusammenhängen. Sei dem aber, wie ihm wolle, unzweifelhaft ist, daß Natschowitsch's Scheiden von seinem Amte im jetzigen Augenblicke sehr dazu angetan ist, die maßgebenden Kreise in Konstantinopel und Sofia einander noch mehr zu entfremden. Denn gerade dieser Diplomat war es, der in den Zeiten schärfster Spannung wegen der makedonischen Wirren das Verhältnis zwischen der Türkei und Bulgarien immer noch in friedliche Bahnen zurückzuführen verstand. Es ist sehr fraglich, ob dieses jetzt seinem Nachfolger gelingen wird, wenn überhaupt ein solcher ernannt wird. Wenn man all' diese Symptome ins Auge faßt, so kann man sich leider nicht der Besorgnis entschlagen, daß ein allgemeiner Balkanbrand vielleicht früher eintreten wird, als man heute glaubt. Wer den vor kurzem in Philippopel abgehaltenen allbulgarischen Kongreß auch nur flüchtig verfolgt hat, wird sich erinnern, unter wie stürmischem Beifall dort allgemein die Kriegserklärung an die Türkei gefordert worden ist.



Neueste Drahtmeldungen vom 25. August.

Der Fall Podbielski.

Berlin. (Priv.-Tel.) Während die „Staatsb.-Ztg." ihre Meldung, der Kaiser habe v. Podbielski unmittelbar zur Rechenschaft und zur Einreichung seines Abschiedsgesuches aufgefordert, aufrecht erhält, erklärt die „Deutsche Tagesztg.", daß der Kaiser eine derartige oder ähnliche Aufforderung an den Landwirtschaftsminister nicht habe ergehen lassen. Das Blatt glaubt, das positiv versichern zu können. Dem „Lok.-Anz." zugehende Nachrichten weisen darauf hin, daß außer Major Fischer auch noch andere Offiziere der Schutztruppe in einem engen freundschaftlichen Verhältnis zu Herrn v. Tippelskirch gestanden haben, das Beziehungen zur Folge hatte, die zu nicht wünschenswerten Kreditgewährungen führten. Der Berliner „Lok.-Anz." wußte von einer bevorstehenden Vertragslösung mit der Firma Tippelskirch zu melden. Wie die „Tägliche Rundsch." von zuständiger Stelle erfährt, habe sich aus den Bestimmungen des Vertrags und deren Anwendung bisher nicht die geringste Handhabe für die Kolonialverwaltung gefunden, von dem Vertrage zurückzutreten. Zutreffend sei, daß trotz der eingehenden Prüfung der Kommission auch jetzt noch im Kolonialamte Unter-